

Niederschrift

zur 9. Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Bürgerbudget der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 23.04.2020	18:32- 19:32 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Lars Aulich

Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse , Stephan Wende

CDU-Fraktion

Gernot Geike , Uwe Koch

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink entschuldigt, Petra Schumann

Alternative für Deutschland (AfD)

Axel Fachtan

Bündnis 90/Die Grünen

Bernd Saliter

Sachkundige EinwohnerInnen

Christian Altmann , Jürgen Hajduk , Sandra Löhrius

Verwaltung

Melanie Brückner , Anke Marggraf , Matthias Rudolph

Abwesend

CDU-Fraktion

Jürgen Teichmann entschuldigt

SPD-Fraktion

Dr. Franz H. Berger entschuldigt

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 9. Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Bürgerbudget der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree und begrüßt die Anwesenden recht herzlich.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit wird festgestellt. Es sind 9 Mitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung gebracht.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Niederschrift

Anmerkung zur Niederschrift (genauere Sachverhaltsdarstellung) vom 12.3.2020 Punkt 8.6.:

Herr Hajduk sagt, dass es in der ÜPL/APL Liste einen Punkt Molkenberg „Beleuchtung“ gibt und möchte von der Verwaltung wissen, warum dieser Sachverhalt nicht beim Bürgerbudget aufgeführt ist.

Frau Brückner antwortet, dass das Bürgerbudget (Gesamtsumme 80.000 €) in der Kostenstelle 1116010 geplant ist. Wenn klar ist, welche Projekte gefördert werden sollen, erfolgt eine Umbuchung im Haushalt (Mittelverschiebung).

Herr Hajduk sagt, dass die Liste für ihn schlecht nachvollziehbar ist. Es ist nicht erkennbar, was sind tatsächliche ÜPL/APL. Er versteht die Liste so, dass es ÜPL/APL sind, die mit dem Haushalt nicht aufgestellt wurden.

Herr Hajduk hätte gerne eine präzise Übersicht über die Maßnahmen, die zusätzlich in den Haushalt eingestellt wurden.

Frau Brückner nimmt die Anregung mit in ihre Fachgruppe.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Herr Aulich informiert die Mitglieder über ein Treffen der Ausschussvorsitzen und teilt mit, dass man sich darauf verständigt hat, dass die Ausschüsse wieder regulär im Festsaal des Alten Rathauses tagen. Für Besucher, Presse etc. steht das Foyer im Alten Rathaus zur Verfügung. Er erläutert die neue Technik zum Rederecht (Anzeige via Mikrofontechnik).

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Informationen zur aktuellen Haushaltslage

Frau Brückner schätzt auf Grund von vielfältigen Nachfragen angesichts der aktuellen Lage, die Haushaltsveränderungen ein.

Steuerausfälle, Mehraufwendungen im Gesundheitssystem und Stützung der Daseinsfürsorge durch die Corona-Pandemie werden erhebliche Negativauswirkungen auf den öffentlichen Haushalt haben. Die Abweichung vom Haushaltsplan 2020 beträgt 626.810 €. Der Rückgang der Gewerbesteuer schlägt mit 1,2 Mio. Euro zu Buche. 56 Fürstenwalder Betriebe haben einen Antrag auf Anpassung der Vorauszahlung der Gewerbesteuer gestellt. Daneben liegen 23 Anträge auf Stundung und drei Anträge auf Aussetzung einer Vollstreckung vor. Als Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen muss die Stadt im Monat April 27.000 € an Elternbeiträgen und 19.800 € an Essenspauschale abschreiben. Zu Buche schlagen außerdem etwa entgangene Miet- und Pachteinnahmen aus Sportstätten, Benutzungsgebühren aus dem OSZ Wohnheim (4.700 €), sowie das Minus, das sich aus der Absage des Stadtfestes ergibt (33.500 €).

In anderen Kommunen gibt es bereits Haushaltssperren. Eine Haushaltssperre der Stadt gestaltet sich ohnehin schon schwierig, da der engbemessene Haushalt auf das Wesentlichste beschränkt ist, so Frau Brückner. Knapp werdende Finanzen befördern Diskussionen darüber, wofür Geld ausgegeben werden soll.

Herr Wende: Er teilt das was aufgezählt und gesagt wurde. Vor der Haushaltssperre gibt es noch das Instrument im Haushalt zu prüfen, welche Maßnahmen (insbesondere die, die noch nicht begonnen wurden bzw. zu schieben sind). In der letzten STVV hatte er angeregt, gerade im aktuellen Kontext, die beschlossenen Personalstellen nicht umzusetzen. Das ist laut Lehrbuch das erste, was zu tun ist, wenn die Finanzlage angespannt ist und fragt, ob er das richtig sieht?

Frau Brückner merkt an, dass dies grundsätzlich richtig ist. Gleichwohl soll in diesen Fällen nicht nur an Personalausgaben, sondern auch an den Sachkosten gespart werden. Sie weist darauf hin, dass derzeit 35 Stellen unbesetzt sind und grundsätzlich ausreichende Personalmittel vorhanden sind, die sicherlich nicht ausgeschöpft werden.

Herr Koch: Die beschlossenen Stellen und der gefasste Beschluss dazu stehen damit in einem ganz anderen Licht. Er ist immer wieder erschüttert, wie als erstes nach Kürzung von Stellen geschrien wird. Die Verwaltung wurde jahrelang kaputt gespart. Die Verwaltung muss so gut ausgestattet sein, dass sie in Zukunft handlungsfähig bleibt und somit für Einnahmen bzw. weniger Ausgaben sorgt.

Herr Fischer: Die Aussagen von Herrn Koch treffen zum Teil auch für ihn zu. Welche Auswirkungen haben die bisher nicht besetzten Stellen auf die Handlungsfähigkeit der Verwaltung? Er ist der Meinung, dass die Verwaltung in jedem Fall handlungsfähig sein muss. Es kann nicht nur am Personal gespart werden.

Herr Dippe möchte wissen, ob es schon Anfragen an die Stadt aus dem Kultur- und Sportbereich auf Sonderförderungen im Zusammenhang mit Corona gab.

Frau Brückner teilt mit, dass es vereinzelt Anfragen gegeben hat. Es gibt aber auch Vereine etc. die gegenwärtig Fördermittel zurückzahlen, weil bestimmte Dinge nicht durchgeführt werden können.

Zu den Stellen was die Priorisierung angeht, ist sie im Gespräch mit der Personalchefin. In der nächsten Woche wird eine Priorisierung vorgenommen. Dabei muss auch das Personal berücksichtigt werden, das in den Ruhestand geht; insofern stehen 48 Positionen zur Debatte.

Der BM hält es für schwierig am Personal zu sparen. Er ist dafür verantwortlich, dass die Verwaltung handlungsfähig ist und bleibt. Wenn man tatsächlich sparen möchte, dann muss man auch sehen, welches Personal für freiwillige Aufgaben und für Pflichtaufgaben da ist. Sollte am Personal gespart werden, dann muss im Zweifelsfall Personal aus Freiwilligen Aufgaben abgezogen und in den Bereich der Pflichtaufgaben versetzt werden. Auf der Personalseite wurde über viele Jahre am falschen Ende gespart. Das kann so nicht weitergehen.

Herr Hajduk: Als Kompromiss sollten die wichtigsten Stellen besetzt werden und bezieht sich auf ein Gutachten zu einer bestimmten Mitarbeiterzahl in der Stadt. Daran sollte man sich orientieren.

Des Weiteren fragt er nach, ob es Ansätze für Ausgleichszahlungen seitens des Landes bzw. des Kreises gibt.

Frau Brückner hat keine Kenntnis davon, dass Mittel vom Land zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Städte- und Gemeindebund hat dazu bisher nur eine Umfrage gemacht.

Herr Wende möchte wissen, ob der Beauftragte für Klimaschutz und Mobilität pflichtig oder freiwillig ist.

Der Bürgermeister merkt noch an, dass derzeit nicht benannt werden kann, welche Auswirkungen die Stellen im Haushalt haben. Die Tatsache, dass man drei Stellen schafft, sagt noch nichts darüber aus, wann sie haushaltswirksam werden. Er sagt zu, im nichtöffentlichen Sitzungsteil noch ein paar Informationen zu geben.

Herr Fischer fragt, wie der Stand um die Absenkung der Kreisumlage ist.

Herr Sachse: Der Wunsch des BM ist es, den Kassenkredit abzubauen. Aber es werden ja 16.000 Euro für die Ortsteilbudgets gesucht.

Herr Rudolph: An Personal soll gespart werden und die freiwilligen Leistungen sollen erhöht werden. Das hält er für schwierig. Im Übrigen wird einer erheblichen Leichtigkeit über Personal schwadroniert, die so nicht geht.

Frau Brückner zur Kreisumlage: Auch der Kreis hat mit erheblichen Belastungen zu tun. Sie könnte sich vorstellen, dass der Kreis nochmal über die Kreisumlage diskutiert. Sofern es bei der 37%igen Kreisumlage bleibt, schlägt diese trotzdem mit über 600.000 € zu Buche.

Herr Wende: Die Kritik, dass Personal im öffentlichen Teil diskutiert wird, ist möglicherweise berechtigt. Aber der erste Verstoß liegt deutlich auf Seiten des Bürgermeisters. Zu Herrn Sachse seine Anmerkungen zum Einsparen von Personalkosten und der möglichen Verwendung für die Erhöhung der Ortsteilbudgets erinnert er, dass Ortsteilbudgets zur Verfügung gestellt werden sollten, wenn die 16.000 € da sind.

Herr Rudolph zur Thematik Personal in der Öffentlichkeit: Es geht um die konkrete Nennung von Namen im Zusammenhang mit persönlichem Handeln. In zwei Ausschüssen wurde dies so getan. Mit Blick auf das Personalbudget fände er es besser, wenn die Stellen alle besetzt wären. Dass dies nicht sofort umgesetzt werden kann, wurde auch in der Finanzplanung berücksichtigt.

Der Bürgermeister bedauert, dass die neu entstandene finanzielle Lage die Bemühungen der Stadtverwaltung um Tilgung von Verbindlichkeiten zurückwerfen werde. Die Stadt war auf einem guten Weg. Die Anstrengungen werden nun zunichte gemacht und die Stadt auf den Stand der Jahre 2017 und 2018 zurückgeworfen.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Herr Rudolph berichtet, dass eine gemeinsame Erklärung verschiedener Akteure (Landkreis, Städte, Gemeinden, Ämter) ansteht. Hierfür kam vor kurzem der Entwurf. Ziel ist es, dass mit der Gemeinsamen Landesplanung ein Konzept entwickelt wird, dass der durch den LEP HR nicht erfüllbare Druck auf Wohnraumversorgung im Zusammenhang mit der Tesla-Ansiedlung gesteuert wird. Der Entwurf soll den Abgeordneten zeitnah präsentiert und im Hauptausschuss beschlossen werden.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Koch fragt nach dem Stand Verkauf Ketschendorfer Feldmark II.

Herr Rudolph: Der Verkauf ist abgeschlossen und mit den ersten Beurkundungen wurde begonnen.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der öffentliche Sitzungsteil wird geschlossen und die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Die Niederschrift umfasst 5 Seiten.

Anmerkung der Protokollantin: Die Tonaufzeichnung steht aus technischen Gründen leider nicht zur Verfügung.

Lars Aulich
Vorsitzender

Anke Marggraf
Protokollantin